

Wer darf Deutsche/r werden?

BERICHT von Claudia Diehl und Ingrid Tucci

Fremdenfeindlichkeit und Einstellungen zur Einbürgerung 3

INTERVIEW mit Ingrid Tucci

»Deutsche machen sich weniger Sorgen über Zuwanderung« 9

BERICHT von Georg Erber und Mechthild Schrooten

Japan am Scheideweg – Staatshaushalt bleibt die Achillesferse 10

DIW-Konjunkturbarometer Juli 2011 15

AM AKTUELLEN RAND Kommentar von Karl Brenke

Banken: Nicht immer ist es derselbe Täter 20



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
78. Jahrgang
3. August 2011

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
PD Dr. Joachim R. Frick
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Sabine Fiedler

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Frauke Braun
PD Dr. Elke Holst
WolfPeter Schill

Lektorat

Kati Schindler
Dr. Ferdinand Fichtner

Textdokumentation

Lana Stille

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Stabsabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Jede Woche liefert der Wochenbericht einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Der Wochenbericht richtet sich an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – mit Informationen und Analysen aus erster Hand.

Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Jahresabo zum Vorzugspreis: Der Wochenbericht zum Preis von 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand), gegenüber dem Einzelpreis von 7 Euro sparen Sie damit mehr als 40 Prozent.

Studenten-Abo: Studenten können den Wochenbericht bereits zum Preis von 49,90 Euro im Jahr abonnieren.

Probe-Abo: Sie möchten den Wochenbericht erst kennenlernen? Dann testen Sie sechs Hefte für nur 14,90 Euro.

Bestellungen richten Sie bitte an den

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
Tel. (01805) 9 88 88, 14 Cent./min.
leserservice@diw.de

Weitere Fragen?

DIW Kundenservice:
Telefon (030) 89789-245
kundenservice@diw.de

Abbestellungen von Abonnements
spätestens sechs Wochen vor Jahresende

RÜCKBLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 50 JAHREN

» Der Öffentliche Haushalt der UdSSR für 1961

Das Wirtschaftssystem der Sowjetunion verlangt ein bis ins äußerste aufgegliedertes Budget, das über die Herkunft und die Verteilung sämtlicher Finanzmittel Auskunft gibt. Ein solcher „Staatshaushaltsplan“ wird in der Tat aufgestellt und – wenn auch in zusammengefaßter Form – dem Obersten Sowjet zur Beratung vorgelegt, aber nur ein Bruchteil davon wird mit wenigen globalen Zahlen als „Gesetz über den Staatshaushalt“ der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Der sowjetische Staatshaushalt umfaßt den Haushalt der Union, der Unionsrepubliken und sämtlicher nachgegliederter Gebietskörperschaften und darüber hinaus noch das gesamte Versicherungs- und Sozialwesen sowie einen erheblichen Teil des staatlichen Wirtschaftsbereichs. Die Aufgabe des sowjetischen Staatshaushalts besteht vor allem darin, den überwiegenden Teil der finanziellen Mittel der Volkswirtschaft zu erfassen und sie entsprechend der jeweiligen Zielsetzung wieder zu verteilen.

Die Haushaltseinnahmen

Infolge der im ersten Quartal 1961 durchgeführten Währungsumstellung reduzierte sich die gesamte Etatsumme im Verhältnis 10:1, real änderte sich jedoch nichts. Anstatt einer geplanten Zunahme der Einnahmen des Staatshaushalts von 773 Mrd. Rubel im Jahre 1960 auf 790 Mrd. Rubel im Jahre 1961 ergibt sich nach der Umstellung eine beabsichtigte Steigerung der Einnahmen um 1,7 Mrd. auf 79,0 Mrd. (neue) Rubel.

Nach wie vor wird der größte Teil der Haushaltseinnahmen aus der „differenzierten Umsatzsteuer“ finanziert, die 1961 wie bereits 1960 einen Anteil von 41 vH der Gesamteinnahmen erbringen soll. Das Umsatzsteueraufkommen, das zum überwiegenden Teil aus der Besteuerung von Konsumgütern stammt, soll 1960/61 um 3,4 vH zunehmen, während der Einzelhandelsumsatz nach den Planungen um 5,8 vH steigen soll.

aus dem Wochenbericht Nr. 31/1961 vom 4. August 1961

Fremdenfeindlichkeit und Einstellungen zur Einbürgerung

Von Claudia Diehl und Ingrid Tucci

Die Deutschen öffnen sich dem Thema Zuwanderung: Immer weniger Deutsche ohne Migrationshintergrund, so zeigen die repräsentativen Daten dieses Berichts, fühlen sich durch Zuwanderung bedroht. Auch beim Thema Einbürgerung hat ein Wandel stattgefunden. Auf die Frage „Was ist für die Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft entscheidend?“ antworten die Deutschen inzwischen anders als noch in den 90er Jahren. Ein großer Teil der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund hält die ethnisch deutsche Abstammung für wenig wichtig. Immer mehr Deutsche glauben hingegen, dass vor allem das Verhalten der Menschen für die Einbürgerung ausschlaggebend sein sollte. Ein Rückgang der Fremdenfeindlichkeit ist damit jedoch nicht zwangsläufig verbunden: Wer das Verhalten und die kulturelle Anpassung als die wichtigeren Faktoren erachtet, weist genauso häufig stark fremdenfeindliche Einstellungen auf wie jemand, der ethnische Zugehörigkeit für bedeutsamer hält. Insgesamt sank aber die Anzahl der Deutschen mit stark ausgeprägten fremdenfeindlichen Einstellungen.

Ein erster Indikator für die Offenheit einer Gesellschaft gegenüber Migranten ist die Angst der Mehrheitsbevölkerung vor Zuwanderung. Machen sich viele Personen ohne Migrationshintergrund¹ starke Sorgen über das Phänomen der Zuwanderung, ist die Verslossenheit hoch. Die Daten der am DIW Berlin angesiedelten und über die Leibniz-Gemeinschaft (WGL) geförderten Langzeitstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP),² ermöglichen eine Analyse im Zeitverlauf (Kasten). Im Jahr 1999 machte sich etwas mehr als ein Drittel aller Bundesbürger ohne Migrationshintergrund über die Zuwanderung starke Sorgen; zehn Jahre später trifft dies nur noch auf etwa ein Viertel zu (Abbildung 1). Zwischen 1999 und 2009 hat sich hingegen der Anteil derer, die sich keine Sorgen über die Zuwanderung machen, von 16 auf 32 Prozent verdoppelt.

Diese Tendenz sinkender Sorgen kann über alle betrachteten Gruppen hinweg beobachtet werden, einzige Ausnahme sind die Arbeitslosen (Abbildung 2). Der stärkste Rückgang ist bei Rentnern zu verzeichnen. Hier dürften sich Kohorteneffekte bemerkbar machen: Eine wachsende Gruppe innerhalb der heutigen Rentnergeneration ist nach dem Krieg aufgewachsen und weist weniger fremdenfeindliche Einstellungen auf.³ Insgesamt zeigt die Abbildung, dass sich Personen weniger Sorgen über Zuwanderung machen, je höher sie in der Berufshierarchie stehen. Diejenigen, deren Arbeitsplätze am stärksten von konjunkturellen Schwankungen abhängig sind – etwa in manuellen Berufen oder in nicht-

¹ Als Personen ohne Migrationshintergrund werden hier Personen deutscher Staatsangehörigkeit bezeichnet, die nicht selbst oder deren Eltern nicht zugewandert sind.

² Wagner, G. G. et al. (2008): Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP): multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland – Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender). *ASTA Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Archiv*, 2(4), 301-328.

³ Vgl. Rippl, S. (2008): Zu Gast bei Freunden? Fremdenfeindliche Einstellungen und interethnische Freundschaften im Zeitverlauf. In: F. Kalter (Hrsg.): *Migration und Integration*. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 48, 488-512.

Kasten

Daten und Methode

Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 in Ostdeutschland jährlich als Teil der deutschen Forschungsinfrastruktur von TNS Infratest Sozialforschung im Auftrag des DIW Berlin durchgeführt wird. Das SOEP erhebt neben sozial-strukturellen Indikatoren auch die Einstellungen und Sorgen von Befragten in Bezug auf spezifische Lebensbereiche und Themen. Im Jahr 2009 wurden über 20 000 Personen im Alter ab 16 Jahren in mehr als 10 000 Haushalten befragt.

In der ebenfalls zur Forschungsinfrastruktur gehörenden Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) werden im Auftrag von GESIS (Mannheim) alle zwei Jahre Daten über das Verhalten und die Einstellungen der Bevölkerung Deutschlands erhoben, wobei für jede Erhebung ein Schwerpunkt festgelegt wird. In den Jahren 1996 und 2006 wurden die Befragten unter anderem nach ihren Einstellungen zu Ausländern und zur Bedeutung bestimmter Kriterien für die Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft befragt. Damit können zum Beispiel der Zusammenhang zwischen Einstellungen und zeitlichen Veränderungen analysiert werden. In diesem Beitrag werden fremdenfeindliche Einstellungen auf der Grundlage folgender Fragebatterie gemessen:

1. Die in Deutschland lebenden Ausländer sind eine Belastung für das soziale Netz.
2. Die in Deutschland lebenden Ausländer sind eine Bereicherung für die Kultur in Deutschland.
3. Die in Deutschland lebenden Ausländer und ihre Anwesenheit führen zu Problemen auf dem Wohnungsmarkt.
4. Die in Deutschland lebenden Ausländer nehmen den Deutschen Arbeitsplätze weg.
5. Die in Deutschland lebenden Ausländer begehen häufiger Straftaten als die Deutschen.

Die Antworten lagen auf einer Skala von 1 bis 7). Für die Berechnung des Niveaus der Fremdenfeindlichkeit wurden

diese auf Werte von 0 bis 6 umgerechnet. Dabei wurden die Antworten auf die zweite Frage umskaliert auf die Werte von 6 bis 0. Befragte mit den Extremwerten von 25 bis 30 werden als stark fremdenfeindlich betrachtet und erhalten den Wert 1. Andere erhalten den Wert 0. Dieser dichotome Indikator wird als zu erklärende Variable verwendet.

Der Fragekomplex zur Bestimmung der Einbürgerungsvoraussetzungen wird wie folgt erfragt: *„Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene Dinge, die bei der Entscheidung über die Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft eine Rolle spielen können. Bitte sagen Sie mir anhand der Skala, wie wichtig Ihrer Meinung nach diese Dinge jeweils sein sollten:*

1. *Ob die Person in Deutschland geboren ist,*
2. *deutscher Abstammung ist,*
3. *die deutsche Sprache beherrscht,*
4. *seit langem bei uns lebt,*
5. *bereit ist, sich an den Lebensstil der Deutschen anzupassen,*
6. *einer christlichen Kirche angehört,*
7. *keine Straftaten begangen hat,*
8. *für ihren Lebensunterhalt selbst aufkommen kann.“*

Diese Kriterien wurden einer sogenannten Faktorenanalyse unterzogen. Dabei haben sich zwei Dimensionen der Zugehörigkeit herausgebildet: eine ethnische Dimension (Fragen 1, 2 und 4) und eine zivil-kulturelle Dimension (Fragen 3, 5, 6, 7 und 8). Aus diesen auf den jeweiligen Fragen aufbauenden Dimensionen wurden vier Typen gebildet: auf beiden Dimensionen stark zustimmend, auf beiden Dimensionen schwach zustimmend, Zustimmung überwiegend bei der ethnischen Dimension, Zustimmung überwiegend bei der zivil-kulturellen Dimension. Als stark zustimmend gelten Befragte, die auf der verwendeten Skala von 0 bis 6 mindestens den Wert 5 angaben.

manuellen Routine-Berufen⁴ tätige Personen – machen sich am häufigsten Sorgen über die Zuwanderung potentieller Arbeitskräfte. Dieser Befund kann zum Teil der Tatsache zugeschrieben werden, dass ein niedriges

Bildungsniveau generell mit skeptischeren Einstellungen zur Zuwanderung einhergeht.⁵

Insgesamt lag das Niveau der Sorgen 2009 deutlich niedriger als 1999. Innerhalb der zehn Jahre schwankte

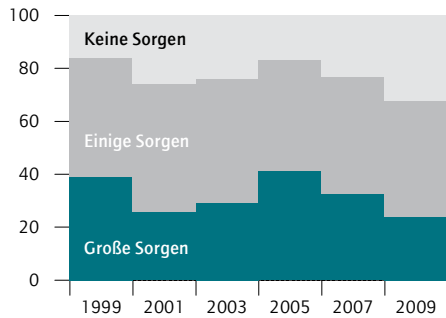
⁴ Zu den nichtmanuellen Routine-Tätigkeiten zählen hier Berufe wie Bürofachkräfte oder Reinigungskräfte.

⁵ Vgl. Coenders, M. und Scheepers, P. (2003). The Effect of Education on Nationalism and Ethnic Exclusionism: An International Comparison. *Political Psychology*, 24(2), 313–343.

Abbildung 1

Sorgen über die Zuwanderung

In Prozent¹



¹ Personen ohne Migrationshintergrund.
Quelle: SOEP.

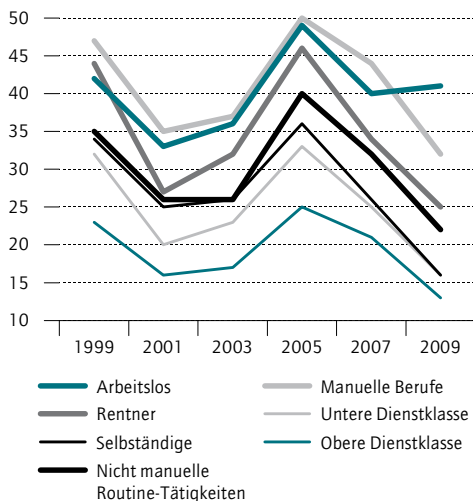
© DIW Berlin 2011

Auch wenn es 2005 eine Spitze gab, nehmen die Sorgen über Zuwanderungen tendenziell ab.

Abbildung 2

Personen mit großen Sorgen über die Zuwanderung nach Berufsstatus

Anteile in Prozent¹



¹ Personen ohne Migrationshintergrund.
Quelle: SOEP.

© DIW Berlin 2011

Wer einen manuellen Beruf ausübt, macht sich überdurchschnittlich viele Sorgen über Zuwanderung.

es jedoch stark: So gab es in allen Berufsgruppen einen starken Anstieg der Sorgen zwischen 2001 und 2005. Dazu beigetragen haben könnten neben dem Erstarken

des internationalen Terrorismus und den Diskussionen um die Integration von Muslimen in Europa auch die innenpolitischen Auseinandersetzungen mit dem Thema Migration: Im Jahr 2001 veröffentlichte die sogenannte Zuwanderungskommission ihren Bericht,⁶ der die Debatte über die Bedeutung von Zuwanderung für Deutschland und die Notwendigkeit von Integration intensiviert.⁷ Ab 2006, ein Jahr nachdem das Zuwanderungsgesetz in Kraft getreten war, sank der Anteil an Einheimischen, die sich starke Sorgen über Zuwanderung machten. Auch wenn unklar ist, welche Rolle die veränderte politische Behandlung des Themas bei dieser Entwicklung gespielt hat: Auffällig ist, dass knapp 40 Prozent der Deutschen mit ihrer Regierung zufrieden sind, wenn es um die Themen Zuwanderung und Integration geht. Dies ist ein hoher Wert, sowohl im Vergleich zur Zufriedenheit mit der Regierungstätigkeit insgesamt als auch im internationalen Vergleich.⁸

Immer weniger Personen weisen stark fremdenfeindliche Einstellungen auf

Die Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS), die für die Jahre 1996 und 2006 ausgewertet wurden zeigen,⁹ dass das durchschnittliche Fremdenfeindlichkeitsniveau in den neuen und in den alten Bundesländern leicht gesunken ist (Tabelle). Besonders deutlich sank der Anteil an deutschen Befragten¹⁰ mit stark fremdenfeindlichen Einstellungen: von neun auf vier Prozent in Westdeutschland und von 15 auf vier Prozent in Ostdeutschland.¹¹ Offensichtlich fand eine Konvergenz der Einstellungen zwischen West- und Ostdeutschland auf einem insgesamt

⁶ Vgl. Bundesministerium des Inneren (Hrsg.) (2001): Zuwanderung gestalten. Integration fördern. Bericht der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“. Berlin.
⁷ In diesem Zusammenhang siehe auch den Bericht des sogenannten Zuwanderungsrats: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2004) (Hrsg.): Migration und Integration. Erfahrungen nutzen, Neues wagen. Jahresgutachten des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration. Nürnberg.
⁸ Eigene Berechnungen auf der Grundlage der Daten des Surveys Transatlantic Trends on Immigration, www.trends.gmfus.org.
⁹ Dieser Wochenbericht baut großenteils auf einem schon veröffentlichten Beitrag der Autorinnen auf, vgl. Diehl, C. und Tucci, I. (2010): Ethnische Grenzziehung in Ost- und Westdeutschland: Konvergenz und Kulturalisierung. In: Krause, P. und Ostner, I. (Hrsg.): Leben in Ost- und Westdeutschland. Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990-2010, 557-572.
¹⁰ Diese Auswertungen umfassen nur die Befragten, die angegeben haben, deutsch von Geburt an zu sein.
¹¹ An dieser Stelle ist es wichtig zu erwähnen, dass der ALLBUS eine alte und eine neue Fragen-Batterie für die Messung von fremdenfeindlichen Einstellungen zur Verfügung stellt (für weitere Informationen, siehe Alba, R. und Johnson, M. (2000): Zur Messung aktueller Einstellungsmuster gegenüber Ausländern in Deutschland. In: Alba, R., Schmidt, P. und Wasmer, M. (Hrsg.): Deutsche und Ausländer: Freunde, Fremde oder Feinde? 229-253). Wird die Fremdenfeindlichkeit mit den „alten“ Ausländeritems gemessen, ist eine Abnahme der stark fremdenfeindlichen Einstellungen ebenfalls zu beobachten, wobei das durchschnittliche Niveau relativ stabil geblieben ist (siehe hierzu auch Diehl und Tucci (2010), a.a.O.).

Tabelle

Einstellungen zu Einbürgerungsvoraussetzungen und Fremdenfeindlichkeit 1996 und 2006

Auf einer Skala von 1 bis 7

	1996		2006	
	West-	Ost-	West-	Ost-
	deutschland		deutschland	
Indikatoren zur Fremdenfeindlichkeit				
Die in Deutschland lebenden Ausländer...				
... sind eine Belastung für das soziale Netz ¹	4,0	4,6	4,0	4,7
... sind eine Bereicherung für die Kultur in Deutschland ^{1,2}	3,9	3,7	4,1	3,9
... führen zu Problemen auf dem Wohnungsmarkt	4,3	4,0	2,7	2,1
... nehmen den Deutschen Arbeitsplätze weg	3,6	4,7	3,3	3,9
... begehen häufiger Straftaten als Deutsche ^{1,2}	3,9	4,5	4,2	4,3
Fremdenfeindlichkeit insgesamt (Skala von 0 bis 30) ³	14,8	17,3	13,1	14,2
Anteil stark fremdenfeindlicher Einstellungen in Prozent	9,4	15,3	3,7	4,1
Voraussetzungen für die Einbürgerung				
In Deutschland geboren sein ²	4,7	5,0	3,5	3,6
Deutscher Abstammung sein ²	4,4	4,7	3,3	3,5
Die deutsche Sprache beherrschen ²	5,4	4,5	6,3	6,2
Seit langem in Deutschland leben ^{1,2}	5,5	5,2	5,0	5,1
Bereitschaft sich an deutschen Lebensstil anzupassen	5,0	4,8	5,6	5,9
Christlicher Kirche angehören ¹	2,2	1,8	2,5	2,0
Keine Straftaten begangen zu haben ²	6,1	6,3	6,3	6,5
Selbst für den Lebensunterhalt aufkommen ^{2,4}	5,7	5,8	6,0	6,0

1 Die Veränderung zwischen 1996 und 2006 ist in Ostdeutschland statistisch nicht signifikant.
 2 Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind 2006 statistisch nicht signifikant.
 3 Umskaliert auf 0 bis 6. Die Werte des zweiten Indikators wurden umgekehrt berücksichtigt.
 4 Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind 1996 statistisch nicht signifikant.

Quelle: ALLBUS 1996 und 2006.

© DIW Berlin 2011

Stark fremdenfeindliche Einstellungen sind rückläufig, in Ostdeutschland stärker als im Westen.

niedrigeren Niveau statt. Besonders auffällig ist, dass im Jahr 2006 deutlich weniger Befragte erklärten, die in Deutschland lebenden Ausländer würden den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen oder Probleme auf dem Wohnungsmarkt verursachen.

Frühere Studien haben gezeigt, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Grad der Fremdenfeindlichkeit und der rechtlichen beziehungsweise kollektiven Definition von nationaler Zugehörigkeit gibt.¹² Die Konzeption nationaler Zugehörigkeit in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren gewandelt. Dazu bei-

12 Zum Zusammenhang zwischen Nationenverständnis und Fremdenfeindlichkeit siehe Hjerm, M. (1998): National Identities, National Pride and Xenophobia: A Comparison of Four Western Countries. Acta Sociologica, 41(4), 335-347 und Lewin-Epstein, N. und Levanon, A. (2005): National Identity and Xenophobia in an Ethnically Divided Society. International Journal on Multicultural Societies 7(2), 90-118.

getragen haben könnte die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts.

Mit dem neuen Gesetz, das am 1. Januar 2000 in Kraft trat, wurde das Geburtsortsprinzip, das in anderen Ländern Europas wie etwa Frankreich schon länger existiert, in Deutschland eingeführt. Vor dem Jahr 2000 erlangten Migrantenkinder trotz ihrer Geburt in Deutschland nicht automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Seit dem Jahr 2000 erwerben in Deutschland geborene Kinder von Migranten die deutsche Staatsangehörigkeit durch Geburt, wenn mindestens ein Elternteil seit acht Jahren legal im Land lebt und mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel ausgestattet ist. In einigen Fällen können Kinder von Migranten sowohl die deutsche als auch die Staatsbürgerschaft ihrer Eltern behalten.¹³ In anderen Fällen haben sie nach Erreichen der Volljährigkeit fünf Jahre Zeit, um sich für die deutsche Staatsbürgerschaft oder für die Staatsbürgerschaft des Herkunftslandes ihrer Eltern zu entscheiden. Obwohl am Prinzip der Verhinderung von Mehrstaatigkeit im Gesetz mit einigen Ausnahmen grundsätzlich festgehalten wird, zeigt die Einführung des Geburtsortprinzips eine Abkehr vom traditionellen Selbstverständnis Deutschlands als Abstammungsnation. Daneben wurden auch weitere Voraussetzungen für einen möglichen Anspruch auf die deutsche Staatsbürgerschaft verändert: Die notwendige Aufenthaltsdauer für Einwanderer wurde von 15 auf acht Jahre reduziert. Ab Anfang 2006 wurde über weitere Zugangskriterien, wie die ausreichende Beherrschung der deutschen Sprache und das Bestehen eines Einbürgerungstests, debattiert, die schließlich durch eine Veränderung des Staatsangehörigkeitsrechts im August 2007 bundesweit eingeführt wurden.

Einbürgerungskriterien: Kulturelle Anpassung gewinnt an Bedeutung

Ebenso wie die gesetzlichen Vorgaben haben sich die Einschätzungen der deutschstämmigen Bürger über die zu erfüllenden Voraussetzungen für eine Einbürgerung gewandelt. Die Antwort auf die Frage „wer darf Deutsche/r werden“ fällt heute anders aus als früher.

Ein Blick auf die Durchschnittswerte der einzelnen Indikatoren zu den als mehr oder weniger wichtig erachteten Einbürgerungsvoraussetzungen macht deutlich, dass Kriterien wie Beherrschung der deutschen Sprache und Anpassung an den deutschen Lebensstil zwischen 1996 und 2006 landesweit an Gewicht gewonnen haben. Dagegen hat das Kriterium der deutschen Abstammung an Bedeutung verloren.

13 EU-Bürger und Kinder mit einem deutschen und einem ausländischem Elternteil dürfen beide Staatsangehörigkeiten beibehalten.

Bei den unterschiedlichen Indikatoren zur Bewertung verschiedener Einbürgerungsvoraussetzungen lassen sich zwei Dimensionen unterscheiden: Die erste Dimension umfasst die Kriterien Geburt in Deutschland, deutsche Abstammung und lange Aufenthaltsdauer und wird in Anlehnung an die Literatur¹⁴ als ethnische Dimension bezeichnet. Die zweite Dimension fasst verhaltensabhängige Indikatoren zusammen, die Forderungen nach einer zivilen und kulturellen Anpassung beinhalten (Beherrschung der deutschen Sprache, Bereitschaft sich an „den Lebensstil der Deutschen“ anzupassen, Zugehörigkeit zu einer christlichen Kirche, Straffreiheit, ökonomische Unabhängigkeit).

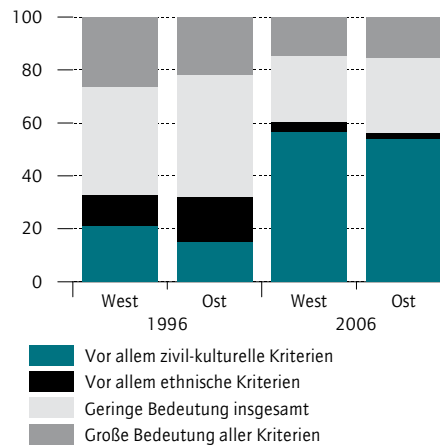
Während zwölf Prozent der einheimischen Bevölkerung in Westdeutschland und 17 Prozent der Bevölkerung in Ostdeutschland im Jahr 1996 insbesondere ethnischen Zugehörigkeitskriterien stark zustimmten, waren es zehn Jahre später nur noch 4 beziehungsweise drei Prozent (Abbildung 3). Auch der Anteil derer, die sowohl ethnische als auch zivil-kulturelle Zugangskriterien als besonders bedeutsam erachten, ist in beiden Teilen Deutschlands gesunken. Dafür ist allerdings der Anteil an Personen, die sich für die Erfüllung zivil-kultureller Voraussetzungen aussprechen, stark gestiegen: Im Jahr 2006 hielten 57 beziehungsweise 54 Prozent der einheimischen Befragten in West- beziehungsweise Ostdeutschland verhaltensabhängige Kriterien für besonders wichtig. Die Betrachtung der Einzelindikatoren zeigt, dass der Anstieg bei den beiden kulturellen Voraussetzungen Sprache¹⁵ und Lebensstilanpassung am höchsten war, wenngleich auch bei der Zugehörigkeit zu einer christlichen Kirche zwischen 1996 und 2006 zumindest im Westen ein kleiner, aber signifikanter Anstieg zu verzeichnen ist. In Folge dieser Entwicklung ist der Anteil derer, die keine besonderen Voraussetzungen an den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft knüpfen, im Zeitverlauf gesunken.

Einerseits deutet diese deutliche Verschiebung auf eine Abkehr von ethnischen Zugangskriterien und auf eine Öffnung des Nationsverständnisses hin. Andererseits – und das ist in der Bedeutung schwieriger einzuschätzen – verweist die immer häufiger gestellte Forderung nach Lebensstilanpassung auf eine stärker kulturbezogene Wahrnehmung der Grenzen zwischen sogenannten Einheimischen und „Fremden“. Dahinter könnte die Forderung nach Achtung allgemeiner Errungenschaften wie beispielsweise der Geschlechtergleichheit stehen. Wäre dies der Fall, sollten die Verfechter zivil-kultureller Einbürgerungskriterien weniger häufig

Abbildung 3

Einstellungen zu den Einbürgerungsvoraussetzungen 1996 und 2006

Anteile in Prozent



Quelle: ALLBUS 1996 und 2006.

© DIW Berlin 2011

Zivil-kulturelle Aspekte stehen im Vordergrund der Einstellungen zu den Einbürgerungsvoraussetzungen.

fremdenfeindlich sein als die Vertreter von ethnischen Einbürgerungskriterien. Wäre indes die Forderung nach einer kulturellen Anpassung beziehungsweise einer Anpassung an den deutschen Lebensstil lediglich eine neue und möglicherweise sozial akzeptablere Erscheinungsform ethnischer Ausgrenzung, sollten ihre Anhänger genauso häufig stark fremdenfeindliche Einstellungen aufweisen wie die Vertreter von abstammungsbasierten Einbürgerungsvoraussetzungen.

Kulturanhänger sind nicht weniger fremdenfeindlich

In den gängigen Ansätzen zur Erklärung fremdenfeindlicher Einstellungen werden mehrere zentrale Einflussgrößen von Fremdenfeindlichkeit genannt: strukturelle beziehungsweise sozio-demographische Merkmale (Alter, Geschlecht, Bildungsniveau, Erwerbsstatus, Haushaltseinkommen), soziale Kontakte (Kontakt zu Ausländern), Werte und politische Einstellungen, Anomie¹⁶ und Sorgen. Diese Faktoren werden in der hier präsentierten multivariaten Analyse berücksichtigt,¹⁷ zusätz-

¹⁴ Lewin-Epstein, N. und Levanon, A. (2005), a.a.O.

¹⁵ Sprachkenntnisse können sowohl als zivile als auch als kulturelle Einbürgerungsvoraussetzung betrachtet werden.

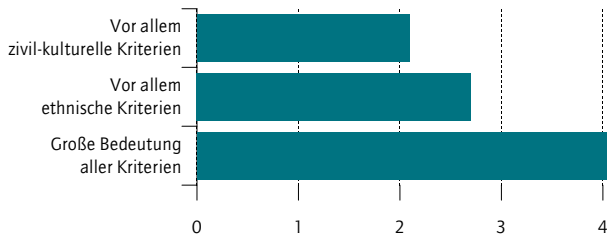
¹⁶ Der Anomie-Begriff bezeichnet einen Zustand, in dem soziale Normen und Regeln geschwächt sind und sich der Einzelne bindungs- und orientierungslos fühlt.

¹⁷ Die Ergebnisse für die einzelnen Erklärungsfaktoren sind in Diehl und Tucci (2010), a.a.O., ausführlich beschrieben.

Abbildung 4

Anteil der Befragten mit stark fremdenfeindlichen Einstellungen

Abweichung vom Gesamtdurchschnitt in Prozentpunkten



Quelle: ALLBUS 1996 und 2006.

© DIW Berlin 2011

Wer auf alle Einbürgerungskriterien wert legt, ist stärker fremdenfeindlich eingestellt.

lich zum Verständnis der nationalen Zugehörigkeit. Die Ergebnisse dieser Analyse (Abbildung 4) zeigen, um wie viele Prozentpunkte der Anteil an stark fremdenfeindlichen Personen in Abhängigkeit von der Einstellung zur nationalen Zugehörigkeitskonzeption steigt. Dabei werden Personen, die zivil-kulturelle und/oder ethnische Kriterien für die Einbürgerung stark befürworten, verglichen mit Personen, die beiden Einbürgerungsvoraussetzungen nur schwach zustimmen.

Im Durchschnitt der Jahre 1996 und 2006 weisen acht Prozent der Personen ohne Migrationshintergrund stark fremdenfeindliche Einstellungen auf. Dieser Anteil steigt um vier Prozentpunkte bei Personen, die sowohl ethnische als auch zivil-kulturelle Einbürgerungskriterien als sehr wichtig erachten. Aber auch bei den Befragten, die insbesondere zivil-kulturelle Zugehörigkeitskriterien als wichtig erachten, steigt der Anteil an Personen mit stark fremdenfeindlichen Einstellungen um zwei Prozentpunkte.

Außerdem sind Einheimische, die eher ethnische Zugehörigkeitskriterien bevorzugen, nicht signifikant frem-

denfeindlicher als Anhänger rein zivil-kultureller Zugehörigkeitskriterien.

Fazit

Unsere Befunde zeigen dass Einstellungen zu Zuwanderung und Zuwanderern seit Mitte der 90er Jahre eine hohe Dynamik aufweisen. Zuwanderung ist dennoch ein unbestrittener Teil der deutschen Wirklichkeit geworden: Im Jahr 2009 bejahten fast 80 Prozent der Deutschen die Frage, ob die Bundesrepublik ein Einwanderungsland ist. Daran hat im Übrigen auch die in den Medien hitzig geführte Debatte um Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ nichts geändert.¹⁸ Auch wenn die ethnische Diversität für Deutsche mittlerweile ganz offenbar zur Realität gehört, haben Forderungen nach ziviler und kultureller Anpassung im letzten Jahrzehnt stark zugenommen; dies ist eine Entwicklung, die in ihren Implikationen schwierig zu beurteilen ist. Es ist unklar, ob die Deutschen unter Lebensstilanpassung das Erlernen der Verkehrssprache sowie die Anerkennung von im Grundgesetz verankerten Werten wie der Gleichberechtigung von Mann und Frau verstehen oder eine weitergehende kulturelle Assimilation. Wenngleich dieser Punkt nicht abschließend geklärt werden kann, zeigen unsere Analysen, dass sich das Verständnis von nationaler Zugehörigkeit gewandelt hat. Allerdings ist die generelle Abnahme fremdenfeindlicher Einstellungen nicht diesem Wandel im Verständnis nationaler Zugehörigkeit zuzuschreiben: Anders als man es vielleicht erwartet hätte, weisen die Verfechter zivil-kultureller Einbürgerungsvoraussetzungen ebenso häufig stark fremdenfeindliche Einstellungen auf wie die Befürworter der traditionellen ethnischen Einbürgerungskriterien.

¹⁸ Dies zeigen eigene Berechnungen auf der Grundlage der Daten des Surveys Transatlantic Trends on Immigration, www.trends.gmfus.org, vor und einige Wochen nach Erscheinen des Buches von Thilo Sarrazin.

Claudia Diehl ist Professorin für Migration und Ethnizität an der Universität Göttingen | claudia.diehl@sowi.uni-goettingen.de.

Ingrid Tucci ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin des SOEP am DIW Berlin | itucci@diw.de.

JEL: D01, D79, Z0

Keywords: immigration, xenophobia, naturalization



Dr. Ingrid Tucci

Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Längsschnittstudie Sozio-ökonomisches Panel (SOEP) am DIW Berlin.

SECHS FRAGEN AN INGRID TUCCI

»Deutsche machen sich weniger Sorgen über Zuwanderung«

1. Frau Dr. Tucci, Sie haben die Einstellungen der Deutschen zur Einbürgerung und Fremdenfeindlichkeit untersucht. Welche Voraussetzungen muss ein Ausländer heute erfüllen, um die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen zu können? 1999 gab es eine wichtige Reform des Staatsangehörigkeitsrechts in Deutschland, und das hat wichtige Veränderungen mit sich gebracht. Zum einen wurde das sogenannte Geburtsortsprinzip eingeführt. Das heißt, dass in Deutschland geborene Kinder von Migranten auch automatisch deutsch werden. Aber sie müssen sich dann in vielen Fällen bis zum Alter von 23 Jahren entscheiden: entweder für die deutsche Staatsbürgerschaft oder für die Staatsbürgerschaft des Herkunftslandes ihrer Eltern. 1999 wurde die notwendige Aufenthaltsdauer für Migranten von 15 auf acht Jahre reduziert. Und 2007 wurden dann neue Kriterien eingeführt, wie zum Beispiel das Bekenntnis zum Grundgesetz, die ausreichende Beherrschung der deutschen Sprache oder auch das Bestehen eines Einbürgerungstests.
2. Traditionell galt in Deutschland die Abstammung als wichtigstes Kriterium. Hat sich das geändert? Ja. Wir stellen in unserer Studie fest, dass zwischen 1996 und 2006 die Forderung nach kultureller Anpassung bei den Befragten an Bedeutung gewonnen hat. Das betrifft Kriterien, wie zum Beispiel die Anpassung an den deutschen Lebensstil oder auch die Beherrschung der deutschen Sprache. Dagegen sind die sogenannten ethnischen Voraussetzungen, wie die Geburt in Deutschland oder auch die deutsche Abstammung weniger wichtig, als sie es früher waren. Man kann sagen, dass es seit Mitte der 90er Jahre eine Kulturalisierung der Grenzen gibt, sozusagen zwischen „wir“ als Deutsche und „den Anderen“, also den als fremd wahrgenommenen Personen. Interessant ist, dass Personen, die dieser Forderung nach kultureller Anpassung stark zustimmen,

genauso starke fremdenfeindliche Einstellungen aufweisen, wie Personen, die die ethnische Abstammung als besonders wichtig erachten.

3. Wie stehen denn die Deutschen zur Zuwanderung? Im Jahr 2009 gibt es weniger Personen, die sich starke Sorgen über die Zuwanderung machen, als Personen, die diesbezüglich sorgenfrei sind.
4. Die Deutschen haben also im Allgemeinen weniger Angst vor Zuwanderung? Genau! Wir haben uns auch den Zeitverlauf von 1999 bis 2009 angeguckt und da sehen wir, dass der Anteil an Menschen, die sich starke Sorgen über die Zuwanderung machen, gesunken ist. Was wir allerdings auch sehen ist, dass die Sorgen über die Zuwanderung und die Einstellung gegenüber der Zuwanderung starke Schwankungen aufweisen.
5. Wie sieht es bei der Fremdenfeindlichkeit in Deutschland aus? Hat sie zu- oder abgenommen? Wir stellen fest, dass sich die Zahl der Personen, die stark fremdenfeindlich sind, zwischen 1996 und 2006 verringert hat. Der Anteil dieser Personen war früher in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland. Im Jahr 2006 aber unterscheiden sich diese Zahlen weniger. Wir beobachten also, dass sich der Anteil der Menschen in Ost und West, der stark fremdenfeindlich ist, angeglichen hat. Insgesamt hat sich das Niveau der Fremdenfeindlichkeit tendenziell leicht verringert.
6. Das klassische Stammtischargument war lange: „Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg!“ Gilt dieses Denken auch heute noch? Ja, für manche Menschen mag das noch zutreffen. Aber wir sehen in den Daten, dass zwischen 1996 und 2006 immer weniger Befragte dieser Aussage stark zustimmen. Das heißt, für viele Menschen ist das kein Argument mehr. Immerhin sind 80 Prozent der Befragten der Meinung, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

Japan am Scheideweg – Staatshaushalt bleibt die Achillesferse

Von Georg Erber und Mechthild Schrooten

Japan wurde durch die Naturkatastrophe am 11. März 2011 in eine erneute Rezession gerissen. Das Bruttoinlandsprodukt ist im ersten Quartal 2011 auf Jahresbasis hochgerechnet um 3,5 Prozent eingebrochen. Zwar werden die Folgen des Erdbebens und Tsunamis sowie der anschließenden Nuklearkatastrophe auch im weiteren Jahresverlauf deutlich spürbar sein. Jedoch zeigen sich inzwischen erste Erholungserscheinungen. Umfangreiche staatliche Ausgabenprogramme stützen derzeit die Nachfrage. Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte lag schon vor dem Erdbeben bei etwa 200 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – mit rasch steigender Tendenz. Für den Staat gilt es, Aufgaben und Finanzierungsbedingungen in Einklang zu bringen, sonst sinkt sein Handlungsspielraum in Zeiten von erneuten „Extreme Events“. Dabei steht er vor einem Dilemma: Eine Erhöhung der im internationalen Vergleich niedrigen Steuerbelastung wirkt sich negativ auf die konjunkturelle Entwicklung aus. Konsolidierung des Staatshaushalts und schuldenfinanziertes Wirtschaftswachstum stehen im Widerspruch zueinander.

Die Katastrophe vom 11. März 2011 – Erdbeben, Tsunami, Nuklearkatastrophe – traf die japanische Volkswirtschaft in einer Situation, in der sich die Industrieproduktion wieder zu erholen schien. Trotz aller geld- und fiskalpolitischen Stabilisierungsmaßnahmen war es der japanischen Wirtschaft insgesamt bis dahin jedoch nicht gelungen, nach der internationalen Finanzkrise einen dauerhaften Wachstumskurs einzuschlagen; im letzten Quartal 2010 war die Wirtschaftsleistung erneut rückläufig.¹ Der Abwärtstrend wurde durch die Katastrophe zusätzlich verschärft; das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2011 ist um 3,5 Prozent geschrumpft.

Als unmittelbare Folge der Naturkatastrophe war die Industrieproduktion drastisch eingebrochen; so wurde im März 2011 mit –15,5 Prozent der stärkste monatliche Rückgang seit 1953 verbucht. Infolge der Katastrophe in Fukushima war es zu erheblichen Engpässen bei der landesweiten Stromversorgung gekommen; ganze Regionen wurden stundenweise vom Stromnetz genommen. Hinzu kommt die erhebliche Störung der Zulieferketten, die sich aufgrund der just-in-time Produktion besonders rasch und nachhaltig auf zentrale Wirtschaftszweige wie die Automobilindustrie oder die Halbleiterfertigung auswirken konnte.² Wegen der Konzentration auf einzelne japanische Hersteller und wenige Standorte im Erdbebengebiet mussten in diesen Sektoren zu-

1 Die japanische Wirtschaft hat sich nur langsam von den Folgen der internationalen Finanzkrise 2008/2009 erholt. Zwar legte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2010 wieder um vier Prozent zu, doch hat die schwache Binnennachfrage bereits im 4. Quartal 2010 zu einem erneuten Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion beigetragen. Vgl. auch Ferdinand Fichtner und andere: Sommergrundlinien 2011. DIW Wochenbericht Nr. 26+27/2011.

2 Ein kleines Zulieferteil, das die Luftzufuhr für Automotoren misst, wird durch Lieferengpässe infolge von Produktionsausfällen in Japan offenbar zum Problem für die weltweite Automobilindustrie. Das Erdbeben und der nachfolgende Tsunami Mitte März haben bereits zur Produktionsdrosselung oder zu Plänen dazu in einzelnen Werken von General Motors, Toyota Motor und PSA Peugeot Citroen geführt. Hersteller befürchten Lieferengpässe bei solchen einzelnen, kritischen Teilen, die in Japan hergestellt werden, berichtet das „Wall Street Journal“ in seiner Donnerstagsausgabe. Klaus Brune: JAPAN/ Lieferengpässe behindern Produktion – Kurzarbeit droht. Dow Jones Newswire, Meldung vom 24. März 2011.

mindest vorübergehend einige nachgelagerte Produktionen gesenkt oder ganz stillgelegt werden.

Trotz der dramatischen Ereignisse wurde bereits für April wieder eine – wenngleich geringe – positive Zuwachsrates der industriellen Produktion gemeldet. Ein solcher Rebound-Effekt ist nach Katastrophen typisch.³ Der positive Trend verstärkte sich im Mai und Juni 2011; aktuell liegt die Industrieproduktion noch 1,6 Prozent unter dem entsprechenden Vergleichswert aus dem Vorjahr.⁴ Inzwischen deuten auch Umfrageindikatoren wie etwa der Tankan-Index darauf hin, dass sich die Stimmung in der Wirtschaft wieder aufhellt.

Japan: Exportgetriebenes Wachstum ...

Japan setzt auf eine ähnliche Strategie wie Deutschland: Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wird stark von der Auslandsnachfrage bestimmt. Die Binnennachfrage entwickelte sich in den letzten Jahren nur schwach. Galt Japan noch bis zum Ende der 80er Jahre als zukünftig führende Wirtschaftsmacht noch vor den USA,⁵ so hat das Land seit dem Zusammenbruch der Immobilienblase zu Beginn der 90er Jahre nicht mehr zu seiner alten Wachstumsdynamik zurückgefunden.

2008/2009 geriet Japan ebenfalls in den Sog der internationalen Finanzkrise. Auf dem internationalen Kapitalmarkt ist das Land – wie Deutschland – ein Nettogläubiger. Wie Deutschland weist Japan seit Jahren hohe Leistungsbilanzüberschüsse auf;⁶ es wird mehr produziert, als von der heimischen Wirtschaft investiert und konsumiert wird.⁷ Im Jahr 2010 belief sich der Leistungsbilanzüberschuss auf gut drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Ähnlich wie Deutschland konnte sich das Land nicht zuletzt aufgrund massiver Fiskalprogramme, einer anhaltenden Politik des billigen Geldes und der hohen gesamtwirtschaftlichen Dynamik der asiatischen „emerging economies“ zunächst relativ rasch von den Folgen der internationalen Finanzkrise erholen. Allerdings zeigte sich bei rückläufigen Exporten im vierten Quartal 2010 die Fragilität der Entwicklung – das Bruttoinlandsprodukt brach sofort wieder ein.

Nach dem Erdbeben ging der Leistungsbilanzüberschuss zurück und erreichte im April 2011 nicht einmal mehr ein Drittel des Vorjahresvergleichswerts. Dieser Trend setzte sich im Mai fort. Allerdings blieb die Leistungsbilanz selbst in diesen schwierigen Monaten positiv, was in erster Linie auf die Repatriierung von japanischem Auslandsvermögen zurückzuführen ist. In beiden Monaten war die Handelsbilanz im Defizit.

Insgesamt liegt die Exportquote Japans mit knapp 14 Prozent im Jahr 2010 weit unter der von Deutschland; die japanische Importquote erreicht etwa elf Prozent. Die damit im Vergleich zu Deutschland geringe Offenheit der japanischen Volkswirtschaft hat dazu beigetragen, dass die Folgen der Naturkatastrophe insgesamt kaum auf den internationalen Märkten zu spüren waren; insbesondere ist es offenbar in anderen Volkswirtschaften – trotz der bestehenden engen Wertschöpfungsketten – kaum zu dauerhaften Produktionsausfällen gekommen.⁸ Allerdings bleibt abzuwarten, ob sich bei einem Lagerabbau von kritischen Teilen aus Japan in einzelnen Bereichen nicht doch noch mit Verzögerung Spätfolgen einstellen.

Aktuell ist Japan der sechstgrößte Handelspartner der EU. Im vergangenen Jahr exportierte die EU Waren und Dienstleistungen für knapp 44 Milliarden Euro nach Japan. Daran war Deutschland mit 13 Milliarden Euro führend beteiligt. Die Importe lagen bei 65 Milliarden Euro. Während die Exportnachfrage für die japanische Wirtschaftsentwicklung von herausragender Bedeutung ist, ist das Gewicht Japans im gesamten internationalen Handel eher rückläufig. So wurde Japan 2010 durch China von seinem Platz als zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt verdrängt. Derzeit spricht vieles dafür, dass das weltwirtschaftliche Gewicht Japans in Zukunft weiter abnimmt.⁹

³ M. Shirakawa (2011): Great Eastern Japan Earthquake: Resilience of Society and Determination to Rebuild, Remarks of the Council of Foreign Relations. New York, April 2011. E. Cavallo und I. Noy (2010): The Economics of Natural Disasters: A Survey. IDB Working Paper Series, No. 124.

⁴ www.meti.go.jp/english/statistics/tyo/iip/index.html.

⁵ Ezra Vogel: Japan as Number One: Lessons for America. iUniverse.com, 1979, San Jose, New York, Lincoln, Shanghai.

⁶ Andreas Rees, Markus Taube, Bernd Kempa und Georg Erber: USA, China, Indien: Droht ein globaler Abwertungswettlauf? In: Ifo-Schnelldienst, 2010, Vol. 63, No. 22, 3-17.

⁷ Der japanische Yen hat seit dem Herbst 2010 gegenüber den Währungen seiner wichtigsten Handelspartner gemessen durch den realen Wechselkurs um etwa zwei Prozentpunkte abgewertet.

⁸ „Die Erdbebenkatastrophe und die Nuklearunfälle in Japan führen vorerst nicht zu Lieferengpässen bei Hightech-Geräten in Deutschland. Das teilte der Branchenverband Bitkom am Mittwoch in Berlin mit. Nach den ersten Berichten der Hersteller hielten sich die direkten Auswirkungen des Erdbebens und des Tsunamis auf die Produktion von Hightech-Produkten in Grenzen.

„Die Unternehmen bemühen sich, die Fertigung wieder in Gang zu bringen oder sie verlagern Produktionskapazitäten in andere Werke“, sagte Bitkom-Präsident August-Wilhelm Scheer.“ www.wallstreet-online.de/nachricht/3118186-erdbeben-bitkom-keine-lieferengpaesse-bei-hightech-durch-japan-katastrophe.

⁹ Eine einfache Betrachtung des Anteils einer Volkswirtschaft an der weltweiten Produktion greift jedoch viel zu kurz, um ihre Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit einzuschätzen. Dies gilt insbesondere dann, wenn ein Land mit massiven demografischen Veränderungen konfrontiert ist. Da die Regierung in Japan kaum Zuwanderung aus dem Ausland zulässt, schlägt die Alterung der japanischen Bevölkerung auf den japanischen Arbeitsmarkt durch. Dazu kommt auch eine im OECD-Vergleich geringe Fertilität. Zugleich liegt die Lebenserwartung über dem OECD-Durchschnitt. Traditionell ist die Arbeitslosenquote in Japan im OECD-Vergleich gering. Sie liegt aktuell bei fünf Prozent.

... schwächelnde Binnennachfrage

Die Nachfrage des Privatsektors entwickelt sich seit Jahren schwach (Tabelle 1). Wirtschaftspolitische Impulse führen hier immer nur kurzfristig zu einer Ankurbelung. Dies gilt sowohl für den privaten Verbrauch als auch für die Investitionen. Nach dem Auslaufen des Konjunkturprogramms zur Bewältigung der Finanzkrise war daher von einem erneuten Rückgang der privaten Nachfrage auszugehen. Jetzt dämpfen die unmittelbaren Folgen der Katastrophe weiter die Nachfrage; so sind die Konsumausgaben im März landesweit um knapp elf Prozent zurückgegangen.¹⁰

Im internationalen Vergleich zeigt Japan ohnehin eine geringe Konsumneigung, die mit einer hohen gesamtwirtschaftlichen Sparquote einhergeht. Sowohl bei den privaten Haushalten als auch bei den Unternehmen dürfte die immer noch nicht nachhaltig überwundene Deflation eine Rolle spielen.¹¹ Sinkende Preise erhöhen den Anreiz, die Anschaffung langlebiger und kostspieliger Güter in die Zukunft zu verschieben. In einer Deflation sind die Kreditzinsen – etwa zur Kreditfinanzie-

10 Hier wurde der Verbrauch von Zwei- und Mehrpersonenhaushalten erfasst. Bank of Japan (2011): Consumption.

11 Bezogen auf den gesamten Warenkorb wird für das 1. Quartal 2011 eine Inflation von null Prozent ausgewiesen. Nimmt man die Preisentwicklung für frische Lebensmittel aus der Betrachtung heraus, so befindet sich Japan seit 2009 in einer erneuten anhaltenden Deflationsphase. Bank of Japan (2011): Commodity and Service Prices.

Tabelle 1

Wirtschaftslage in Japan

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2008	2009	2010	2011 ¹
Bruttoinlandsprodukt	-1,2	-6,3	4,0	-0,9
Privater Verbrauch	-0,7	-1,9	1,8	-1,1
Anlageinvestitionen	-1,4	16,7	2,1	-1,3
Öffentliche Investitionen	-8,6	10,4	-3,4	-1,4
Exporte	1,6	-23,9	23,9	0,7
Importe	0,4	-15,3	9,8	1,9
Verbraucherpreise	1,4	-1,4	-0,7	0,3 ²
Arbeitslosenquote in Prozent	3,9	5,0	5,0	4,5 ³

¹ 1. Quartal 2011 gegenüber dem Vorquartal.

² Juni 2011 gegenüber dem Vormonat.

³ Mai 2011.

Quellen: Cabinet Office, Statistics Bureau, Bank of Japan.

DIW Berlin 2011

Nach einer Erholung von der Finanzkrise geht die Wirtschaft durch die Naturkatastrophe erneut zurück.

rung von Investitionen – mit einem zusätzlichen Risiko behaftet. Der Nominalzins ist zwar fest vereinbart, die Realverzinsung kann jedoch darüber liegen, wenn die Preise sinken. Aus der Sicht von Unternehmen erhöht sich damit das Investitionsrisiko.¹²

Trotz aller geld- und fiskalpolitischen Anstrengungen der vergangenen Jahre konnte in Japan diese Deflation-Konsum-Spirale bislang nicht nachhaltig gebrochen werden.¹³ Vielmehr scheinen die expansiven geldpolitischen Maßnahmen im Wesentlichen zu verpuffen. Ein Teil der Liquidität ist durch „Carry Trades“ ins Ausland abgeflossen.¹⁴

Im Rahmen der Krisenbewältigung nach dem Erdbeben wurde der Ankauf von Wertpapieren durch die japanische Zentralbank weiter erleichtert.¹⁵ Positiv ist, dass das Bankensystem offenbar kaum von den Folgen des Erdbebens erschüttert wurde. Das Festhalten an der Politik des leichten Geldes soll die Finanzierung des Wiederaufbaus in der betroffenen Küstenregion stützen. Allerdings sind die expansiven Impulse, die von zinspolitischen Maßnahmen ausgehen können, weitgehend ausgereizt. Der Leitzins liegt bereits seit langem nahe null Prozent. Von der Geldpolitik können daher nur noch Impulse durch eine immer großzügigere Bereitstellung von Liquidität ausgehen. Wenn geldpolitische Maßnahmen nur eingeschränkt wirken, muss die traditionelle Wirtschaftspolitik zur Ankurbelung der Konjunktur in erster Linie auf die Fiskalpolitik setzen.¹⁶

Krisenbewältigung durch Fiskalpolitik

Unmittelbar nach der Katastrophe vom 11. März 2011 wurde ein Sonderhaushalt in der Größenordnung von 0,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts beschlossen. Die Überwindung der Katastrophe wird nach vorläufigen Schätzungen der japanischen Regierung Kosten

12 Dabei können die in Japan zuletzt rückläufigen Investitionen (1. Quartal 2011: -5,2 Prozent) auch im Zusammenhang mit der fragilen Exportentwicklung gesehen werden.

13 Mechthild Schrooten (2001): Japan: Zinsschritt reicht nicht aus. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 8/2001.

14 „Currency Carry Trade“ ist eine Spekulationsstrategie, bei der ein Spekulant einen Kredit in einer Währung mit vergleichsweise niedrigem Zinsniveau aufnimmt, um davon Zinspapiere zu kaufen, die in einer anderen Währung, zum Beispiel US-Staatsanleihen, mit höherem Zinsniveau notiert sind. Aus der Zinsdifferenz entstehen Gewinne.

15 Die japanische Zentralbank hat unmittelbar nach dem Erdbeben den Rahmen, in dem Wertpapiere aller Art aufgekauft werden können, deutlich erhöht und zugleich eine zusätzliche Kreditlinie in der Größenordnung von einer Billion Yen zur Verfügung gestellt.

16 Auch im aktuellen Abschwung wirkte – wie in der Vergangenheit bei einer abklingenden Konjunktur so oft – die staatliche Nachfrage stützend (1. Quartal 2011: + 9,2 Prozent). Cabinet Office (2011): Quarterly Estimates of GDP. Jan.-Mar. 2011 (The 2nd Preliminary Estimates). www.esri.cao.go.jp/jp/sna/sokuhou/kekka/gaiyou/main_1.pdf.

in Höhe von 208 Milliarden Euro verursachen. Ob darin die Kosten für die Beseitigung der Nuklearkatastrophe in Fukushima bereits in ausreichendem Umfang berücksichtigt sind, bleibt abzuwarten. Die fiskalischen Kosten des Wiederaufbaus in den nächsten Jahren werden bislang vom Internationalen Währungsfonds (IWF) auf etwa zwei bis vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts geschätzt.¹⁷

Dabei sind die öffentlichen Haushalte Japans seit Jahren chronisch defizitär. Ab einer Staatsverschuldung von mehr als 90 Prozent des Bruttoinlandsprodukts muss mit negativen Konsequenzen für das Wirtschaftswachstum gerechnet werden.¹⁸ Japan befindet sich bereits seit langem jenseits dieser Grenze und bewegt sich immer weiter von ihr fort. Die chronische Wachstumsschwäche Japans könnte zum Teil darin ihre Ursache haben. Die privaten Anlageinvestitionen fallen jedenfalls seit Jahren sehr niedrig aus, und staatliche Infrastrukturinvestitionen können dies im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum nicht kompensieren. Die japanischen multinationalen Unternehmen investieren lieber im Ausland.

Im Fiskaljahr 2011 sind knapp 48 Prozent der Ausgaben nicht durch Steuern und Abgaben finanziert; das entspricht eine Defizitquote von etwa zehn Prozent. Allein in der unmittelbaren Zeit nach dem Erdbeben – von März bis April 2011 – ist die Verschuldung um 17 Billionen Yen gestiegen (Abbildung 1). Vordergründig ist in Japan eine Kreditfinanzierung von Staatsaufgaben attraktiv, denn die Zinspolitik der Zentralbank in Kombination mit der Politik des leichten Geldes scheint eine kostengünstige Finanzierung zu sichern. Tatsächlich steigt die Belastung des Staatshaushalts durch den Schuldendienst bislang nur langsam. Dies liegt an der extrem niedrigen nominalen Verzinsung der japanischen Staatsverschreibungen von etwa einem Prozent für zehnjährige Staatsanleihen und zwei Prozent für Laufzeiten zwischen 20 und 40 Jahren.¹⁹ Mithin könnte ein deutlicher Zinsanstieg aufgrund einer Vertrauenskrise auch die Lage in Japan dramatisch verändern. Um dem vorzubeugen, versucht die Regierung, kurzfristige Finanzierungen auf längerfristige umzustellen (Abbildung 2). Allerdings dürfte es bei der derzeit niedrigen Verzinsung schwierig sein, auf dem Markt Käufer zu finden.

Als Folge der langjährigen Unterfinanzierung des Staates stieg die Verschuldung der öffentlichen Haushalte inzwischen über 200 Prozent des Bruttoinlands-

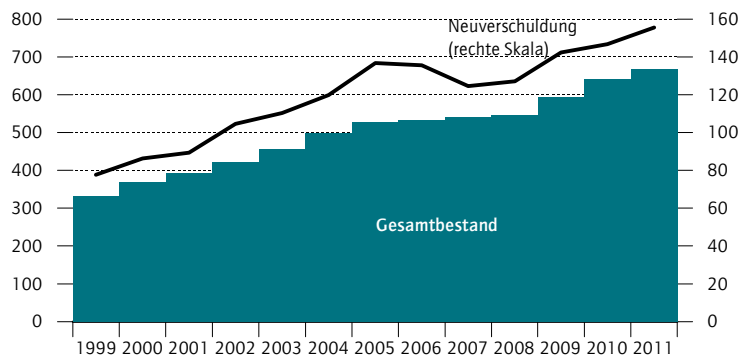
produkts²⁰ – dies ist ein Spitzenwert für ein OECD-Land. Nimmt man also eine durchschnittliche jährliche Zinslast von 1,5 Prozent für die Staatsschuld an,

20 Im April 2011 lagen die Schulden bei 942,3 Billionen Yen (etwa acht Billionen Euro) und damit etwa fünf Prozent über dem Vergleichswert des Vorjahres. Vgl. Bank of Japan (2011): National Government Debt.

Abbildung 1

Japanische Staatsschuldverschreibungen

In Billionen Yen



Quelle: MoF Japan, April 2011.

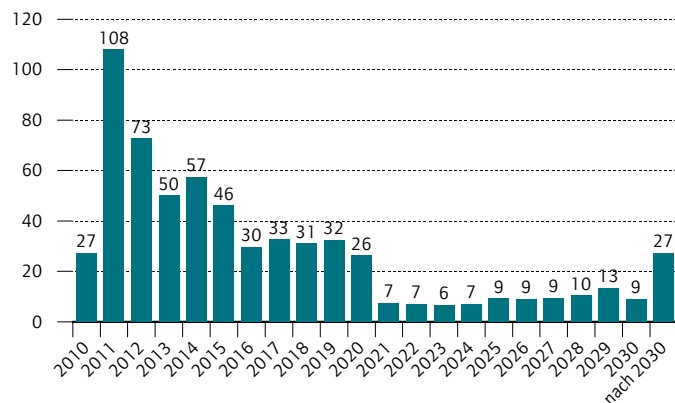
© DIW Berlin 2011

Die Staatsverschuldung steigt immer höher. Dabei nimmt die Neuverschuldung bedrohliche Ausmaße an.

Abbildung 2

Fälligkeiten japanischer Staatsschuldverschreibungen

Dezember 2010 in Billionen Yen



Quelle: MoF Japan, April 2011.

© DIW Berlin 2011

Die Verlängerung der Laufzeiten würde langfristig eine niedrige Zinsbelastung sichern.

17 IMF (2011): Article 4 Consultations.

18 Carmen M. Reinhart und Kenneth E. Rogoff (2008): This Time is Different: A Panoramic View of Eight Centuries of Financial Crises. NBER-Working Paper, April 2008.

19 Ministry of Finance of Japan: Quarterly Newsletter. April 2011.

dann wären etwa drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts jährlich vom japanischen Staat als Zinszahlungen aufzubringen.

Dabei sind die Ausgaben des Staates im internationalen Vergleich nicht besonders hoch. Vielmehr liegen sie im Fiskaljahr 2011 bei knapp 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die Einnahmen aus Steuern und Abgaben erreichen nicht einmal den Schwellenwert von zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Würde sich daher im Zuge einer Vertrauenskrise in die Bonität der japanischen Staatsfinanzen der durchschnittliche Zinssatz langfristig von 1,5 auf 2,5 Prozent erhöhen, würde dies bereits das doppelte der Staatseinnahmen für die Bedienung der Zinslasten aus den bisher akkumulierten Staatsschulden zur Folge haben. Japan müsste sich dann auch einer Konsolidierung der Staatsfinanzen unter ähnlich ungünstigen Rahmenbedingungen wie derzeit die europäischen Krisenländer stellen; drastische Ausgabenkürzungen wären unvermeidbar.

Hintergrund der bisherigen Entwicklung sind vor allem im internationalen Vergleich geringe Steuersätze und Steuereinnahmen. So liegt der Umsatzsteuersatz bei fünf Prozent. Auch die Einkommensteuerbelastung ist im internationalen Vergleich gering. Hier waren im Zuge der vergangenen Fiskalprogramme Entlastungen

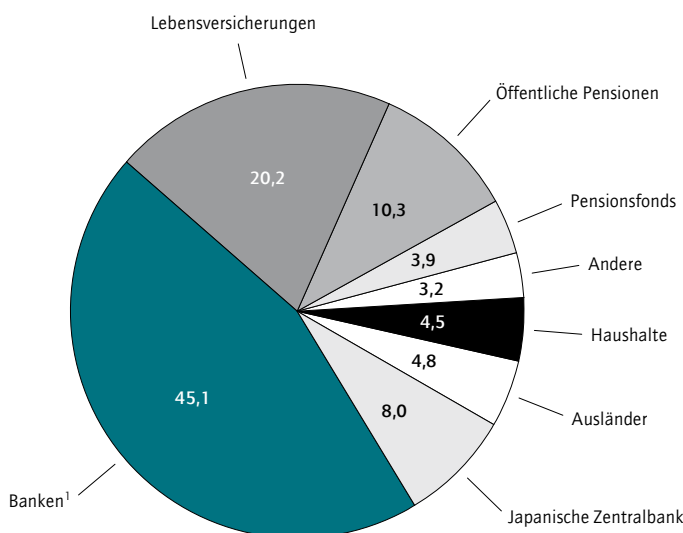
durchgesetzt worden. Bislang werden dem Privatsektor in Japan die Stabilisierung der Wirtschaft, die soziale Absicherung, aber auch die immer wieder aufgelegten Fiskalprogramme weit unter den faktischen Kosten und nahezu zum Nulltarif angeboten. Mithin findet hier seit Jahren eine Umverteilung vom Staat zum Privatsektor statt. Die rechtlichen Rahmenbedingungen – etwa für die öffentliche Pensionskasse, aber auch für Versicherungen und Pensionsfonds – verpflichten wiederum den Privatsektor, Staatspapiere zu halten. Folglich baute der Privatsektor in den vergangenen Jahren erhebliche Forderungen gegenüber dem Staat auf, für die er sogar – wenn auch niedrige – Zinszahlungen erhält.²¹ Gleichzeitig ist die steuerliche Belastung des Privatsektors im internationalen Vergleich gering.

Ausländische Gläubiger spielen bei der Kreditfinanzierung der öffentlichen Haushalte in Japan bislang keine nennenswerte Rolle; etwa 95 Prozent der Staatspapiere werden von inländischen Gläubigern gehalten (Abbildung 3). Aus der Sicht ausländischer Anleger sind die japanischen Papiere nicht zuletzt angesichts der im internationalen Vergleich geringen Verzinsung und der mit einer hohen Staatsverschuldung verbundenen Risiken wenig attraktiv. Insbesondere der hohe Anteil der von inländischen Pensionsfonds gehaltenen Staatsschuldverschreibungen könnte jedoch wegen des demographischen Wandels einer rasch alternden japanischen Gesellschaft zu einem Problem werden. Schließlich müssen in wachsendem Umfang aus dem Anlagevermögen der Pensions- und Lebensversicherungen immer höhere Auszahlungen erfolgen. Bei den niedrigen Erträgen auf japanische Staatsschuldverschreibungen dürften diese aber kaum ausreichen, um die entsprechenden Forderungen allein aus den laufenden Zinserträgen bedienen zu können.

Japan wird zunehmend kritischer von den internationalen Rating-Agenturen betrachtet; exemplarisch dafür ist die Entwicklung des Länder-Ratings durch Fitch, eine der drei großen Rating-Agenturen (Tabelle 2).²² Damit liegt das Länder-Rating Japans nur noch zwei Stufen (A und BBB) oberhalb der kritischen Schwelle des Junk-Bond-Bereichs (BB und darunter). Die japanische Rating-Agentur Japan Credit Rating Agency (JCR) bewertet indessen weiterhin Japan mit AAA.²³ Es liegt daher der Verdacht nahe, dass es bei JCR einen Home Bias bei der Bewertung gibt.

Abbildung 3

Eigentümerngruppen japanischer Staatsschuldverschreibungen
Anteile in Prozent



¹ Insbesondere auch die japanische Postbank.
Quelle: MoF Japan, April 2011.

²¹ Die Unternehmen sind aktuell anders als zu Zeiten der Wirtschaftskrise der 90er Jahre weitgehend entschuldet.

²² Meldung von Bloomberg News vom 28. Mai 2011: Japan Risks Rating as Kan Fumbles Fiscal Plan.

²³ JCR: JCR affirmed AAA (FC/LC) rating on Japan. Pressemitteilung vom 22. September 2010.

95 Prozent der Staatsschuldverschreibungen sind in inländischem Besitz.

Bisher blieben die Bonitätsherbabstufungen durch internationale Rating-Agenturen hinsichtlich der Zinshöhe japanische Staatsanleihen wirkungslos.²⁴ Insbesondere führte bisher das verschlechterte Rating nicht zu einer Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen für den japanischen Staat, aber das könnte sich im Zuge der jetzt sehr sensibel gewordenen Finanzmärkte hinsichtlich hoher Staatsverschuldung – wie beispielsweise im Falle Italiens – durchaus auch für Japan ändern. Die ständig wechselnden schwachen Regierungen lassen zudem kaum auf eine rasche Wende hin zu umfassenden Strukturreformen hoffen.

Drohende Schuldenfalle

Die japanische Regierung hat erkannt,²⁵ dass die Finanzierung erheblicher Teile der öffentlichen Aufgaben nicht dauerhaft über Kredite erfolgen kann, ohne die zukünftige staatliche Handlungsfähigkeit in Extremsituationen zu stark zu beschneiden. Gerade weil in dem Land auch immer wieder mit Naturkatastrophen gerechnet werden muss, dient die Handlungsfähigkeit des Staates auch der Wiederherstellung von Vertrauen und damit der Stabilisierung der Erwartungen in der Bevölkerung. Tatsächlich hat die Regierung beschlossen, bis zum Jahr 2015 das Primärdefizit der öffentlichen Haushalte zu halbieren.

Aktuell werden Steuererhöhungen diskutiert. Formal bietet die Erhöhung des Umsatzsteuersatzes, der bei fünf Prozent liegt, einen Ansatzpunkt.²⁶ Der IWF schlägt eine schrittweise Erhöhung auf 15 Prozent vor. In Japan könnte angesichts der verbreiteten Konsumzurückhaltung ein solcher Steuerschritt fatal für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung sein. In der Vergangenheit brach die heimische Nachfrage nach einer vergleichsweise geringfügigen Erhöhung des Umsatzsteuersatzes von drei auf fünf Prozent bereits massiv ein; zugleich kam es zu einer politischen Krise. Ein solches Risiko wird wohl eine Regierung nur sehr ungern erneut eingehen wollen.

24 Moody's, Fitch und Standard & Poor's begründen ihre Entscheidungen damit, dass die Wirtschafts- und Finanzpolitik des Landes sich nicht als streng genug erweisen könnte, um die von der Regierung gesteckten Ziele beim Defizitabbau zu erreichen. Der Schuldenberg drohe weiter zu wachsen, obwohl er schon deutlich höher sei als in vergleichbaren Ländern.

25 Cabinet Office (2010): Fiscal Management Strategy. www.npu.go.jp/policy/policy01/pdf/20100706/20100706_fiscalmanagement.pdf.

26 Vor dem Hintergrund des relativ geringen Umsatzsteuersatzes schlägt beispielsweise der Internationale Währungsfonds eine schrittweise Erhöhung auf 15 Prozent vor. Dabei geht auch der IWF von einer dämpfenden Wirkung auf den privaten Verbrauch aus. Aktuell liegt das Umsatzsteueraufkommen bei etwa 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. In Deutschland liegt das Umsatzsteueraufkommen bei 7,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, der Steuersatz bei 19 beziehungsweise sieben Prozent. Im Falle Japans wird von der Erhöhung auf einen Steuersatz von 15 Prozent eine Verdoppelung des Steueraufkommens erwartet. IWF (2011): Article 4 Consultations.

Tabelle 2

Fitch-Ratings für Japan

	In ausländischer Währung			In nationaler Währung	
	langfristig	kurzfristig	Ausblick/Watch	kurzfristig	Ausblick/Watch
27. May 2011	AA	F1+	Rating Watch negativ	AA-	Rating Watch negativ
9. May 2005	AA	F1+	stabil	AA-	stabil
21. November 2002	AA	F1+	negativ	AA-	negativ
26. November 2001	AA	F1+	negativ	AA	negativ
2. March 2001	AA+	F1+	negativ	AA+	negativ
21. September 2000	AA+	F1+	stabil	AA+	stabil
29. June 2000	AA+	F1+	-	AA+	-
21. September 1998	AA+	F1+	-	AAA	-
1. September 1998	AAA	F1+	Rating Watch negativ	AAA	Rating Watch negativ
26. October 1995	AAA	F1+	-	AAA	-
10. August 1994	AAA	-	-	-	-

Anmerkung: Negative Rating-Aktionen sind fett dargestellt.

Quelle: Fitch, Stand 18. Mai 2011.

DIW Berlin 2011

Die Kreditwürdigkeit Japans geht – nach der Rating-Agentur Fitch – stetig zurück.

Fazit

In Japan deutet sich nach der Katastrophe eine erste Erholung an. Allerdings überlagern sich verschiedene langfristige und kurzfristige Entwicklungstrends. Das Erdbeben vom März 2011 und seine Folgen haben die strukturellen Probleme noch verschärft. Die japanische Regierung steht schon seit langem vor der Herausforderung, Schritte zu einer Haushaltskonsolidierung einzuleiten, ohne die Wirtschaftsentwicklung des Landes zu gefährden. Bisher ist es ihr nicht gelungen, einen Ausweg aus diesem Dilemma zu finden. Offenbar vertraut man auf günstige Finanzierungsbedingungen für die steigende Staatsverschuldung auch in der Zukunft. Dies könnte sich aber als fataler Trugschluss erweisen, wenn sich die Lage an den Finanzmärkten ändert. Aktuell zeichnet sich eine gesamtwirtschaftliche Erholung auf Grund der erneut defizitfinanzierten staatlichen Nachfrage ab. Jetzt geht es auch darum, die Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte zu stärken. Verschiebt man die Problemlösung in die Zukunft, so steigen die zukünftigen Anpassungskosten entsprechend.

Georg Erber ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Wettbewerb und Verbraucher am DIW Berlin | gerber@diw.de

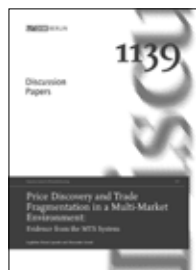
Mechthild Schrooten ist Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Bremen und Forschungsprofessorin am DIW Berlin | Mschrooten@diw.de

JEL: E62, E63, E66

Keywords: Japan growth, fiscal stability, tsunami-quake impacts, nuclear accident

Discussion Papers Nr. 1139/2011

Guglielmo Maria Caporale, Alessandro Girardi



Price Discovery and Trade Fragmentation in a Multi-Market Environment: Evidence from the MTS System

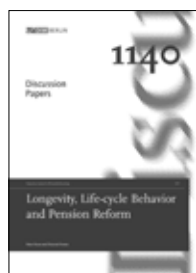
This paper proposes new metrics for the process of price discovery on the main electronic trading platform for euro-denominated government securities. Analysing price data on daily transactions for 107 bonds over a period of twenty-seven months, we find a greater degree of price leadership of the dominant market when our measures (as opposed to the traditional price discovery metrics) are used. We also present unambiguous evidence that a market's contribution to price discovery is crucially affected by the level of trading activity. The implications of these empirical findings are discussed in the light of the debate about the possible restructuring

of the regulatory framework for the Treasury bond market in Europe.

www.diw.de/publikationen/discussionpapers

Discussion Papers Nr. 1140/2011

Peter Haan, Victoria Prowse



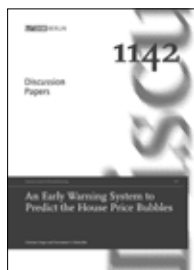
Longevity, Life-cycle Behavior and Pension Reform

How can public pension systems be reformed to ensure fiscal stability in the face of increasing life expectancy? To address this pressing open question in public finance, we estimate a life-cycle model in which the optimal employment, retirement and consumption decisions of forward-looking individuals depend, inter alia, on life expectancy and the design of the public pension system. We calculate that, in the case of Germany, the fiscal consequences of the 6.4 year increase in age 65 life expectancy anticipated to occur over the 40 years that separate the 1942 and 1982 birth cohorts can be offset by either an increase of 4.34 years in the full pensionable age or a cut of 37.7% in the per-year value of public pension benefits. Of these

two distinct policy approaches to coping with the fiscal consequences of improving longevity, increasing the full pensionable age generates the largest responses in labor supply and retirement behavior.

www.diw.de/publikationen/discussionpapers

Discussion Papers Nr. 1142/2011
Christian Dreger, Konstantin A. Kholodilin

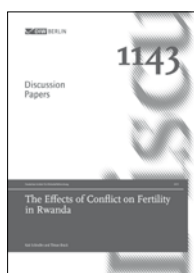


An Early Warning System to Predict the House Price Bubbles

In this paper, we construct the country-specific chronologies of the house price bubbles for 12 OECD countries over the period 1969:Q1- 2010:Q2. These chronologies are obtained using a combination of a fundamental and a filter approaches. The resulting speculative bubble chronology is the one that provides the highest concordance between these two techniques. In addition, we suggest an early warning system based on three alternative approaches: signalling approach, logit and probit models. It is shown that the latter two models allow much more accurate predictions of the house price bubbles than the signalling approach. The prediction accuracy of the logit and probit models is high enough to make them useful in forecasting the future speculative bubbles in housing market. Thus, our method can be used by the policymakers in their attempts to timely detect the house price bubbles and attenuate their devastating effects on the domestic and world economy.

www.diw.de/publikationen/discussionpapers

Discussion Papers Nr. 1143/2011
Kati Schindler, Tilman Brück



The Effects of Conflict on Fertility in Rwanda

The aim of this paper is to study the short and long-term fertility effects of mass violent conflict on different population sub-groups. The authors pool three nationally representative demographic and health surveys from before and after the genocide in Rwanda, identifying conflict exposure of the survivors in multiple ways. The analysis finds a robust effect of genocide on fertility, with a strong replacement effect for lost children. Having lost siblings reduces fertility only in the short term. Most interesting is the continued importance of the institution of marriage in determining fertility and in reducing fertility for the large group of widows in Rwanda.

www.diw.de/publikationen/discussionpapers

SOEPpapers Nr. 384/2011
Benjamin Crost



The Effect of Subsidized Employment on Happiness

While a large body of evidence suggests that unemployment and self-reported happiness are negatively correlated, it is not clear whether this reflects a causal effect of unemployment on happiness and whether subsidized employment can increase the happiness of the unemployed. To close this gap, this paper estimates the causal effect of a type of subsidized employment projects – Germany's Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen – on self-reported happiness. Results from matching and fixed effects estimators suggest that subsidized employment has a large and statistically significant positive effect on the happiness of individuals who would otherwise have been unemployed. Detailed panel data on pre- and post-project happiness suggests that

this effect can neither be explained by self-selection of happier individuals into employment nor by the higher incomes of the employed.

www.diw.de/publikationen/soeppapers

SOEPpapers Nr. 385/2011
Ruud Muffels, Bruce Headey



Capabilities and Choices: Do They Make Sense for Understanding Objective and Subjective Well-Being? An Empirical Test of Sen's Capability Framework on German and British Panel Data

In Sen's Capability Approach (CA) well-being can be defined as the freedom of choice to achieve the things in life which one has reason to value most for his or her personal life. Capabilities are in Sen's vocabulary therefore the real freedoms people have or the opportunities available to them. In this paper we examine the impact of capabilities alongside choices

on subjective and objective well-being. There is a lot of theoretical work on Sen's capability framework but still a lack of empirical research in measuring and testing his capability model especially in a dynamic perspective. The aim of the paper is to elaborate and test a 'stock-flow' model measuring capabilities and choices to explain longer-term changes in well-being using 25 years of German and 18 years of British data. Three measures of well-being are constructed: life satisfaction for subjective well-being (SWB) and relative income and employment security for objective well-being (OWB). We ran random and fixed effects GLS models. The findings strongly support Sen's capabilities framework and provide new evidence on the way capabilities and choices matter for well-being. Capabilities indicated by human capital, trust, altruism and risk taking, and family, work-leisure, lifestyle and social choices show to strongly affect the three well-being indicators but their effect sizes differ largely dependent on the type of indicator used.

www.diw.de/publikationen/soeppapers

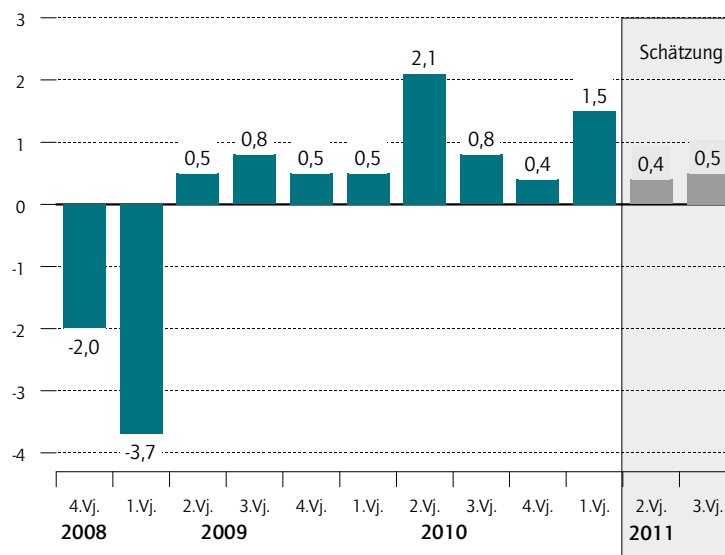
Deutsche Wirtschaft bleibt auf Wachstumskurs

Die deutsche Wirtschaft dürfte im zweiten Quartal 2011 um 0,4 Prozent gewachsen sein und zwischen Juli und September mit einem Plus von 0,5 Prozent sogar etwas stärker zulegen.

„Aufgrund positiver Signale vom Wohnungsbau und auch aus Teilen des Dienstleistungssektors besteht die Chance, dass das Wachstum im dritten Quartal höher ausfällt, als bislang erwartet“, sagte DIW-Konjunkturchef Ferdinand Fichtner. Er warnte aber auch gleichzeitig vor zu viel Euphorie: „Die vielfach gut gefüllten Auftragsbücher und auch die noch positive Stimmung bei den Unternehmen lassen zwar einen weiteren Anstieg bei der Industrieproduktion erwarten. Allerdings verliert die zusätzliche Nachfrage an Fahrt: Ohne den Einfluss von Großaufträgen gab es nämlich im Durchschnitt von April und Mai weniger Neubestellungen als im ersten Quartal.“

„Die Zeit des rasanten Aufschwungs ist vorbei“, resümierte DIW-Konjunkturchef Fichtner, „gleichwohl befindet sich die deutsche Volkswirtschaft noch auf einem stabilen Wachstumspfad. Die Nachfrage kommt mehr und mehr aus dem Inland, und aufgrund steigender Beschäftigtenzahlen dürfte auch der Konsum weiter nachziehen.“

Vorquartalswachstum in Prozent



Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (preis-, saison- und kalenderbereinigt)

© DIW Berlin 2011



Karl Brenke ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Banken: Nicht immer ist es derselbe Täter

Im Kinderbuch steht die Geschichte eines Jungen geschrieben, der mit seinen üblen Streichen Unheil angerichtet und deshalb den Zorn der anderen Kinder und der Erwachsenen auf sich gezogen hat. Als dann eine neuerliche Missetat geschah, hat man sie natürlich dem Strolch zugeschrieben. Die Prügel, die er deshalb bezog, fand allseits Beifall, denn jeder hatte die Bestrafung ja auch gefordert. Dummerweise war der Junge dieses Mal aber nicht der Schuldige, was aber alle Anderen nicht weiter störte. Es hatte ja doch den Richtigen getroffen. So ähnlich ist es den Banken ergangen.

Lange Zeit galten sie als die glänzenden Stars der Wirtschaft, die riesige Gewinne einfuhren und die ihrem Management sowie ihren Investmentbankern exorbitante Vergütungen zahlten. Durch die Finanzkrise wurde dieses Image völlig ramponiert, und inzwischen gelten die Banken als die bösen Buben. Völlig zu Recht. Haben sie doch maßgeblich dazu beigetragen, einen Immobilienballon in Teilen der Welt aufzublasen. Waren sie es doch, die mit *innovativen Finanzprodukten* heiße Luft verpackt, verkauft und blendend daran verdient haben. Und natürlich haben sie auch die Chance genutzt, Zweckgesellschaften zu gründen – mit dem Zweck, an den Bilanzen und somit an der Aufsicht vorbei hochriskante Geschäfte zu tätigen. Mitunter war auch kriminelle Energie im Spiel. Zwangsläufig musste das Kartenhaus irgendwann zusammenklappen. Um einen kaum zu kalkulierenden Schaden von der produzierenden Wirtschaft abzuwenden, haben die Staaten den Finanzsektor mit massiven Hilfen gestützt. Das Publikum ist alles andere als begeistert, da es mit seinen Steuern die Zeche für die Völlerei und deren Folgen zahlen muss.

Es kann nun auf den ersten Blick nicht erstaunen, dass die Banken auch bei der Griechenland-Krise in der Kritik stehen. Denn Griechenland wird mit dem Einsatz enormer Mittel anderer Staaten der Eurozone vor dem Kollaps bewahrt, und die Banken und Versicherungen müssen ihre an Griechenland geliehenen Gelder längst nicht in dem Maße abschreiben, wie sie es bei einer Staatspleite hätten tun müssen. Noch-

mals ist der Steuerzahler eingesprungen. Und wieder einmal wurde ordnungspolitisch gesündigt, weil das Risiko nicht bei denjenigen geblieben ist, die es hätten tragen müssen.

Und doch liegen die Dinge im Falle Griechenland etwas anders. Die Banken haben dieses Mal nicht gezockt, sondern nur das getan, was zu ihren ureigensten Aufgaben gehört. Schon die Medici, die Fugger oder die Rothschilds haben Staaten Geld geliehen. Wie oft in der Geschichte stellte sich heraus, dass der staatliche Schuldner beim Kapitaldienst in Schwierigkeiten steckte. Griechenland hat in dieser Hinsicht schon eine gewisse Tradition. Anzukreiden ist den Banken und Versicherungen, dass sie so blauäugig waren, dem griechischen Staat Kredite zu Konditionen zu geben, mit denen das Risiko völlig unterschätzt wurde. Freilich war das tatsächliche Risiko auch schwer zu fassen, da der Schuldner seine wirkliche Lage geschickt verschleierte. Erst 2004 kam heraus, dass Griechenland sich den Beitritt zur Eurozone erschlichen hatte. Damals hätten die Märkte entsprechend reagieren müssen, was aber weitgehend ausblieb. Man ließ sich offenbar von den Akteuren auf EU-Ebene beruhigen. Es wurden schärfere Kontrollen versprochen, und der Vorfall verlief sich im Sande der Diplomatie.

Heute ist man zivilisierter als beispielsweise 1902, als Venezuela die anstehenden Zahlungen verweigerte, und einige europäische Staaten Kanonenboote schickten, um für die Banken ihres Landes – und damit auch für viele Anleger – die Schulden einzutreiben. Aber man sollte doch so fair sein, nicht die geleimten Gläubiger anzuklagen, wie es bei der Griechenlandkrise in der Öffentlichkeit geschieht. Der eigentliche Übeltäter ist und bleibt der Schuldner, zumal er auch noch getäuscht und getrickst hat. Erst dann kommen diejenigen, die das nicht sehen und nicht wahrhaben wollten. Dazu gehören auch die Finanzinstitute, aber mindestens ebenso die verantwortlichen Politiker in den entsprechenden Gremien der EU und wohl auch die Wissenschaft. Das Malheur haben nun die europäischen Steuerzahler und die unbeteiligten Bürger in Griechenland.